

Florian Lütticken und Bernhard Stahl: „*Die Außenwirtschaftspolitik der rot-grünen Regierung – Diskreter Wandel im Beipack*“, in: Maull, H.W./Harnisch, S./Grund, C. (Hrsg.): Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden: Nomos 2003

Die Außenwirtschaftspolitik der rot-grünen Koalition (1998-2002):

Diskreter Wandel im Beipack

Einleitung

Die Außenwirtschaftspolitik erscheint aus mindestens zwei Gründen als interessantes Untersuchungsobjekt. Erstens gibt es inhaltlich bedeutende Unterschiede zwischen der rot-grünen Koalition und ihrer Vorgängerregierung, so z.B. in der prinzipiellen Einschätzung der weltwirtschaftlichen Strukturen: Hatte die Kohl-Regierung diese grundsätzlich bejaht, sehen etwa die Grünen die Regierungsübernahme als Chance, die derzeitigen „ungerecht(en) und umweltschädigend(en)“ Strukturen des Welthandels zu überwinden (Bündnis 90/Die Grünen 2002a: 171). Und auch der zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme amtierende SPD-Parteichef Oskar Lafontaine forderte dezidiert „eine neue [Welt-]Wirtschaftspolitik“ (Lafontaine/Müller 1998a: 24). Zum zweiten ist die Außenwirtschaftspolitik – im Unterschied zur Entwicklungs- oder Friedenspolitik – nie ein Bereich gewesen, in dem die Regierungsparteien große Ambitionen gezeigt hätten. Es ist diese Spannung, die den Reiz der folgenden Untersuchung ausmacht: Wie hat sich die Regierung in einem Politikfeld verhalten, dem sie einerseits keine prioritäre Bedeutung zu misst, in dem sie andererseits aber völlig andere Grundeinstellungen hat als ihre Vorgängerregierungen?

Um dies näher zu beleuchten, wählen wir ein zweistufiges Vorgehen: In einem ersten Teil geht es um eine kurze Lageanalyse der deutschen Außenwirtschaftspolitik, bevor wir uns in einem zweiten Teil der konkreten Umsetzung der Politik widmen. In der Lageanalyse nähern wir uns der deutschen Außenwirtschaftspolitik von zwei Seiten. Eine erste, realwirtschaftliche skizziert die Entwicklung des deutschen Außenhandels seit Mitte der 1990er Jahre. Die zweite zielt auf die Charakteristika der deutschen Außenpolitik unter Einschluss der Außenwirtschaftspolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Umsetzung der Politik wird eingeleitet durch einen Blick auf den Selbstanspruch der Bundesregierung. Die Umsetzung der Politik wird analysiert, indem wir uns auf drei Aspekte konzentrieren: Die nationale Institutionenpolitik, die deutsche Positionen in internationalen Verhandlungs- und Konfliktsituationen sowie das Verhalten gegenüber den wichtigen Institutionen Europäische Union (EU) und Welthandelsorganisation (WTO). Das Fazit

beschließt den Beitrag mit einer Einschätzung über Kontinuität und Wandel der deutschen Außenwirtschaftspolitik unter der rot-grünen Bundesregierung.

Ausgangslage¹

Deutschland war und ist unter den großen Industrienationen am weitesten in die internationalen Handelsbeziehungen eingebunden. In Deutschland hängt etwa jeder dritte Arbeitsplatz direkt von der Exportwirtschaft ab, während es beispielsweise in den USA nur jeder zehnte ist (Kirste 1998: S.314f). Der Gesamtanteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2001 beispielsweise bei fast 37% (Statistisches Bundesamt 2003).

Wichtigste Handelspartner sind dabei mit weitem Abstand die Mitgliedstaaten der EU. Auf sie entfiel 2001 52,2% des Im- und 55,2% des Exports. Mit weitem Abstand folgt die große Gruppe der Entwicklungsländer (unter der in dieser Statistik auch alle Schwellenländer subsumiert sind) mit 14,6%, vor den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (12,7%), den USA und Kanada (8,9%) und schließlich den verbleibenden EFTA-Staaten (5,8%) sowie Japan (4,1%). Wichtigster Abnehmer für deutsche Exporte ist Frankreich, gefolgt von anderen EU-Mitgliedern wie Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Belgien/Luxemburg, Österreich und Spanien. Als einziges Nicht-EU-Land befindet sich die USA konstant unter den ersten Fünf (Statistisches Bundesamt 2002). Die wichtigsten außereuropäischen Partner sind China und Japan. In Mittel- und Osteuropa sind es die Tschechische Republik, Polen, Russland und Ungarn (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) 2003a). Der Anteil der EU-Beitrittskandidaten am deutschen Außenhandel ist zusammen höher als jener der USA.

Auch bei der Warenstruktur ergaben sich in der ersten Rot-Grünen Legislaturperiode keine großen Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Insgesamt dominieren bei den Ausfuhren Waren der Gewerblichen Wirtschaft mit einem Anteil von regelmäßig um 90%, bei den Importen beträgt ihr Anteil um 80%. Den Großteil stellen dabei sowohl bei Ein- wie bei Ausfuhren Fertigwaren. Ihr Anteil lag 2001 bei 69,4% (Importe) bzw. 85,6% (Exporte), wobei die wichtigsten Exportprodukte hier Kraftfahrzeuge (24,3%), gefolgt von Maschinen (15,6%), elektrotechnischen Erzeugnissen (13%) und chemischen Erzeugnissen (7,4%) waren (BMWA 2003a).

In den ersten vier Jahren Rot-Grün erreichte der Handelsüberschuss Rekordhöhen. Nachdem 2001 ein Exportüberschuss von 87,1 Mrd. € erzielt wurde, erhöhte sich dieser 2002 voraussichtlich auf die neue Rekordsumme von 127 Mrd. €. Ausfuhren von 647 Mrd. €

¹ Für Rechercharbeiten zu diesem Abschnitt danken wir Bodo Hubl.

standen Einfuhren im Wert von 520 Mrd. € gegenüber.² Damit verteidigte Deutschland auch seinen zweiten Rang im Welthandel vor Japan und hinter den USA (Nachrichten für Außenhandel vom 02.01.03; Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels 2003). Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass sich im Laufe der ersten Legislaturperiode die realwirtschaftliche Situation Deutschlands nicht grundlegend verändert hat.

Charakteristika der deutschen Außenwirtschaftspolitik

Die Außenhandelspolitik weist im Vergleich zu den meisten anderen Politikfeldern eine Besonderheit auf: die Überschneidung der Außenhandelspolitik mit der Europapolitik. Immerhin stellt der Bereich der Handelspolitik eines der ältesten weitgehend vergemeinschafteten Politikfelder innerhalb der Europäischen Union dar. In der Praxis bedeutet dies, dass Deutschland seit 1968 keine eigenen Außenzölle mehr erhebt. Auch in wichtigen internationalen Wirtschaftsverhandlungen, besonders im Rahmen des GATT bzw. der WTO agiert Deutschland seit der Gründung der EWG nur mittelbar im europäischen Rahmen (Lütticken/Stahl 2003: 6f.). Internationale Verhandlungsführungen sowie Klagevertretungen werden praktisch durch die Europäische Kommission gewährleistet, während die Mitgliedstaaten durch ihre Mandatierungsmacht in den intergouvernementalen europäischen Gremien sowie ihre laufende Einflussnahme im 133er Ausschuss den Spielraum für die Verhandlungen insgesamt bestimmen. Ein einzelner Mitgliedstaat wie Deutschland kann dabei nur substantiellen Einfluss nehmen, wenn es gelingt, die eigene Position durch Allianzenbildung mehrheitsfähig zu machen. Da dies in bürokratischen Prozessen ‚hinter den Kulissen‘ abläuft, fällt es schwer, eine nationalstaatliche Außenpolitik überhaupt noch als solche zu identifizieren (Emiliou 1996; Meunier/Kalypso 1999).

Die Außenwirtschaftspolitik folgte nach 1945 den Mustern der allgemeinen Außenpolitik und weist einige kontinuierliche Merkmale auf (vgl. Nadoll 2003; Staack 2000: 52f.; Ragnitz 1996: 75).

- Deutschland betrieb eine aktive Außenpolitik und handelt in vielen Politikbereichen als Initiator – so auch in der Außenwirtschaftspolitik. Seit den 1950er Jahren hat die Bundesrepublik auf eine Öffnung der Märkte, besonders im Bereich der Industriewaren und Investitionsgüter, auf die sich der größte Teil des deutschen Exports stützt, gesetzt. In den folgenden Jahren setzte sich Deutschland in den GATT-Verhandlungen erfolgreich

² Bei Fertigstellung dieses Artikels lagen noch keine abschließenden Zahlen für 2002 vor. Die hier gemachten Angaben beruhen auf Schätzungen des Statistischen Bundesamts auf Basis der bis Oktober 2002 vorliegenden Daten.

dafür ein, dass das Zollniveau der EWG erheblich reduziert wurde (Bellers 1990: 146-152). Auch die Forderung nach der Gründung einer Welthandelsorganisation Anfang der 90er Jahre wurde von der Kohl-Regierung aktiv unterstützt.

- Dabei ist die deutsche Außenpolitik durch multilaterales Handeln gekennzeichnet. Bevorzugter Kooperationsrahmen deutscher Außenpolitik ist dabei die EU. Dies bedeutet aber nicht, dass Deutschland einer regionalen Wirtschaftsintegration stets den Vorzug vor einer globalen geben würde, vielmehr folgt man diesbezüglich eine ‚Sowohl-als-auch-Strategie‘. In Streitfällen bspw. zwischen den USA und europäischen Partnern versucht man zu vermitteln. Die rhetorische Unterstützung des EU-Handlungsrahmens bedeutet auch nicht, dass Deutschland im Außenwirtschaftsbereich Anhänger einer uneingeschränkten Vertiefung - sprich Vergemeinschaftung – gewesen ist.³
- Die deutsch-französischen Beziehungen haben für die Bundesrepublik einen derart hohen Stellenwert, dass dem Erhalt dieser Partnerschaft häufig Vorrang vor eigenen außenpolitischen Zielen eingeräumt worden ist. Das Verhalten während der Uruguay-Runde bietet hier Anschauungsmaterial: Bundeskanzler Kohl und seine Regierung vermieden es dabei - oft unter Vernachlässigung eigener ökonomischer Interessen -, sich gegen Frankreich zu stellen. Stattdessen versuchte Deutschland innerhalb der EG und auch zwischen den USA und Frankreich zu vermitteln (Lütticken 2001: 100).
- Wie in einigen anderen Politikfeldern lässt sich auch in der Außenwirtschaftspolitik eine hohe historische Kontinuität über das Ende des Ost-West Konflikts hinweg feststellen. Deutschland trat sehr aktiv für Marktöffnungen, einen Ausbau des Regelungsbereichs des GATT bzw. der WTO und eine Stärkung des institutionellen Rahmens ein (Kirste 1998: 320f.) Gleichwohl zeigte sich Deutschland in den GATT-Verhandlungen in einzelnen Bereichen wie Textilien und Bekleidung, Kohle und Stahl, Schiffbau sowie Luftfahrt, die seit den 1970er Jahren verstärkt durch Subventionen und nichttarifäre Handelshemmnisse vor internationalen Wettbewerb geschützt wurden, eher liberalisierungsfeindlich. Eine kontinuierlich protektionistische Politik betrieb Deutschland im Agrarbereich (Weiss 1989:79-84).

Die Ziele der rot-grünen Außenwirtschaftspolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wie die Bündnis 90/Die Grünen betonen das Leitbild eines „fairen Handels“, wozu international verbindliche Regeln und Institutionen

³ So gehörte es zu denjenigen Staaten, die im Anschluss an die Uruguay-Runde die Machtverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof geklärt sehen wollten – zugunsten der nationalen Regierungen.

beitragen sollen. Die SPD verspricht sich davon, ein Gegengewicht zur internationalen Standortkonkurrenz zu schaffen, die sie insbesondere vom Wettbewerb zwischen Ostasien, Nordamerika und Europa gekennzeichnet sieht (SPD 1998a: 44). Durch eine modifizierte Außenwirtschafts- und –handelspolitik sollen zudem ärmere Länder in die Lage versetzt werden, gegenüber den wohlhabenden aufzuholen (SPD 1997: 6). Dabei gehen die Grünen davon aus, dass bisher eher die multinationalen Konzerne zu den Gewinnern der Globalisierung zählen, während „die Mehrheit der Menschheit bisher nicht von ihr (profitiert)“ (Bündnis 90/Die Grünen 2002b: 2). Es gilt deshalb, den „Primat der Politik“ durchzusetzen und „(d)en Prozess der Globalisierung gerecht, ökologisch und weltoffen zu gestalten“. Gegen den unfairen Wettbewerb, der übrigens aus grüner Perspektive ausschließlich ein Preiswettbewerb ist, setzen sie Umweltsiegel, Kennzeichnungspflicht von Produkten sowie Sozial- und Umweltstandards. Dies trifft sich mit den Vorstellungen der SPD, die sich ebenfalls für „soziale und ökologische Mindeststandards“ aussprechen.

Scheinen die außenwirtschaftlichen Ziele in den Programmen und Parteitagebeschlüssen – bei den Grünen mehr als bei der SPD - noch relativ prominent auf, so findet sich im Koalitionsvertrag von 1998 kein einziger Hinweis auf eine gemeinsame Programmatik in der Außenwirtschaftspolitik. Nur in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) wird eine Reform gefordert, bei der nicht Wirtschaftlichkeit, sondern „ökologische und beschäftigungspolitische Kriterien“ im Vordergrund stehen sollen (SPD/Bündnis 90/Die Grünen (1998): 3).

Innerhalb der Regierung wurden die neuen Themen Umwelt und Soziales unterschiedlich gewichtet. Oskar Lafontaine forderte einen entsprechenden „politisch gesetzten Ordnungsrahmen“ für die internationalen Märkte und „verbindliche Normen für die Staatengemeinschaft, welche die elementaren Rechte der Arbeitnehmer festschreiben, um Sozialdumping und Ausbeutung zu unterbinden.“ (Lafontaine (1998b): 66). Ihm schwebte eine keynesianisch geprägte, eng-kooordinierte und bewusst steuernd eingreifende internationale Wirtschaftspolitik vor, die sich explizit gegen weitere Deregulierungen und Liberalisierungen wandte.⁴ Damit strebte er eine deutliche Änderung der deutschen Außenwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte an. Aussagen Schröders oder Fischers zur Außenwirtschaftspolitik blieben dagegen eher Mangelware, in ihren Reden bezogen sie wirtschaftliche Themen in der Regel auf die innenpolitische Situation. Dies kann bereits als

⁴ Gleichwohl lagen Lafontaines Ambitionen insgesamt eher im währungspolitischen Feld, vgl. Stahl (1999): 18-23.

Beleg dafür gewertet werden, wie gering insgesamt das Interesse der neuen Regierung an der Außenwirtschaft gewesen ist.⁵

Kontinuität: Freihandel im sekundären - *Managed trade* im primären Sektor

Anlässlich der jüngsten Welthandelsrunde, die in Doha eröffnet werden konnte, konnte die rot-grünen Bundesregierung ihre außenhandelspolitischen Ziele konkretisieren (Bundesregierung 2001; Müller 2001; Gerlach 2001a):

- eine Verbesserung des Marktzugangs für deutsche Unternehmen;
- ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern;
- ein verbesserter Marktzugang für Produkte aus Entwicklungsländern, v.a. in den Bereichen Textilien und Agrargüter;
- eine Stärkung des WTO-Regelwerks;
- die Eröffnung einer neuen Handelsrunde;
- die Aufnahme neuer Themen in diese Handelsrunde, insbesondere Umwelt, Investitionen, Wettbewerb und Sozialstandards.

In der Zielformulierung auffällig ist dabei die Beibehaltung einer im Grundsatz freihändlerischen Rhetorik. Je nach Gütersektor wird diese Rhetorik auch durch ein entsprechendes Verhalten gedeckt: So hat sich die deutsche Regierung in den Verhandlungsrunden von Seattle (1999) und Doha (2001) in der Tat für Marktöffnung und Freihandel im Investitions- und Konsumgüterbereich eingesetzt, wie es auch die Vorgängerregierung bereits in Singapur (1996) getan hatte. Im primären Sektor lässt sich diese Kongruenz von Rhetorik und Verhalten jedoch nicht zeigen: Insbesondere bei Agrargütern unterstützt die Bundesregierung weiterhin die europäische, protektionistisch orientierte Position, die Freihandel bei Agrargütern – wie bspw. von der Cairns-Gruppe (Agrarexportländer) gefordert – ablehnt. Die Bundesregierung teilt dabei die Ansicht vor allem der südlichen EU-Mitgliedstaaten, dass Agrarprodukte besonderen Anforderungen (Gesundheit, Produktionsstandards) genügen und auch einen Beitrag zur Verbesserung öffentlicher Güter (Umwelt, Landschaftspflege) leisten sollten. Durch die Integration solcher Themen zeigt sich Deutschland in der Kontinuität eines ‚*managed*‘ oder ‚*fair trade*‘ in denjenigen Bereichen, die

⁵ In Schröders (23-seitiger) Regierungserklärung vom 10.11.1998 wird sie nur mit dem Satz erwähnt: „Auch unsere Außenwirtschaftsbeziehungen sollen dem Frieden und der Demokratie dienen.“ (S.20). Selbst in seiner Rede auf der 5. Internationalen Wirtschaftstagung 2001 gibt es außer dem Hinweis, die Globalisierungskritiker

weiterhin unmittelbarer staatlicher Einflussnahme unterliegen. Beispielsweise gehörte Deutschland nach der Eröffnung des Verfahrens gegen Südkorea vor dem EuGH zu denjenigen Mitgliedstaaten, die eigene Subventionen solange für zweckmäßig hielten, wie andere Staaten ihre Schiffbauer ebenfalls finanziell unterstützen (FR 10.7.01, NZZ 26.7.01). Auch im Verfahren der EG vor der WTO gegen die USA, in dem es um die Abschaffung der amerikanischen Steuervergünstigungen für Exportunternehmen – der *foreign sales corporations* – geht (Hauser 2000), schloss sich Berlin der Gruppe der klagenden Mitgliedstaaten an.⁶

Kontinuität in der bedingten Unterstützung internationaler Institutionen und die Priorität der Beziehungen zu Frankreich

Hauptziel der Regierung war es, ein verbindliches internationales Regelwerk zu schaffen und das vorhandene zu stärken. So nutzte man bspw. die G7/8 zur Lancierung von Politikinitiativen, band Russland stärker ein und wertete durch die Spende an den *Trust Fund* die WTO auf.

Doch im Zweifel musste die Stärkung der Institutionen zugunsten anderer Ziele zurücktreten: Als die Mitgliedstaaten sich in der Frage der Nachfolge von WTO-Sekretär Ruggiero zerstritten, tat die Bundesregierung während der eigenen Ratspräsidentschaft wenig, um eine einheitliche europäische Position herbeizuführen (Gersemann/Thelen 1999). In den Berliner ‚Agenda 2000‘ Verhandlungen fiel Deutschland aufgrund seiner national initiierten ‚Nettozahlerdebatte‘ als Unterstützer des Kommissionsvorschlags, der zugunsten einer WTO-konformen Reduzierung der Agrarsubventionen plädiert hatte, aus. Als ein Ergebnis von Berlin wurden die Preisreduzierungen für verschiedene Agrargüter gestreckt und dies brachte die EU in Doha einmal mehr auf die Anklagebank (FAZ 12.11.01). Auch in Nizza wollte man es Frankreich und Großbritannien gleichtun und primär eigene Vetopositionen (in bezug auf das Asylrecht) verteidigen, wodurch es nicht gelingen konnte, das Einstimmigkeitserfordernis für Mandatierungen der Kommission im Bereich der GATS und TRIPS vollständig aufzuheben.

ernst zu nehmen, keinen weiteren Bezug zur Außenwirtschaftspolitik.

(http://www.spd.de/events/int_wirtschaftstagung/pm_rede_schroeder.html [10.9.01].

⁶ In gängigen Interpretationen des eindeutigen Urteils gegen die USA von Januar 2002 wird darauf verwiesen, dass es der EU und auch Deutschland nicht notwendigerweise um eine wirkliche Abschaffung der diskriminierenden Steuererleichterungen für amerikanischen Großunternehmen gehe, sondern sie eher daran interessiert sein könnten, einen *bargaining chip* zugunsten der Aufrechterhaltung eigener Handelshemmnisse in der Hand zu halten (SZ 16.1.02; NZZ 16.1.02). Auch in dieser Frage wird deutlich, wie die Idee des *managed trade* den reinen Freihandel zuweilen dominiert.

In Bezug auf transatlantische Konflikte– welche die WTO regelmäßig belasten - zeigte sich Deutschland rhetorisch milde und auf Ausgleich bedacht und versuchte, eine Eskalation zu vermeiden. Im Zweifel dominierte zwar die EU-Loyalität die transatlantische Partnerschaft, wie die Streitfälle um Hormone im Rindfleisch (FAZ 22.4.1999) und Stahleinfuhren (NZZ 6.6.01) zeigten, Deutschland wirkt gleichwohl hinter den Kulissen mäßigend und lehnt bspw. Sanktionen gegen die USA im Stahlstreit ab (Mai 2002; Müller 2002: 3).

Die deutsche Haltung im sogenannten Bananenstreit zwischen der USA und Mittelamerika auf der einen und der EU auf der anderen Seite unterlag im Verlauf dieses langwierigen Konflikts einigen Schwankungen.⁷ Zu Beginn der Affäre 1993 hatte Berlin seine ablehnende Haltung zur europäischen Position noch klar zum Ausdruck gebracht und stimmte im Ministerrat gegen die entsprechende Verordnung, die das protektionistische Einfuhrregime etablierte. Die Regelung führte zu schweren wirtschaftlichen Einbußen deutscher Bananenimporteure. Eine deutsche Klage gegen die EU-Einfuhrregelungen vor dem EuGH wurde abgewiesen. Die deutsche Kritik verebbte im Laufe der Zeit immer mehr und verschwand schließlich ganz zugunsten einer EU- und vor allem an Frankreich orientierten Position (Gersemann 1999: 25). Die ökonomischen Eigeninteressen, die transatlantischen Beziehungen wie auch die internationalen Erwartungen wurden dem Wunsch, die deutsch-französische Freundschaft nicht zu gefährden, hintangestellt. Dies belegt die Kontinuität der deutschen WTO-Politik über den Regierungswechsel hinweg. Bundeskanzler Schröder zeigt sich auch bereit, Paris in bezug auf die Ausklammerung von Kulturgütern aus dem Freihandel (*l'exception culturelle*) selbst gegen die Bedenken seines eigenen Ministers zu unterstützen (Yager 2001: 2), legt hiervon ein weiteres Zeugnis ab und steht in Einklang mit dem Verhalten der Kohl-Regierung in der Uruguay-Runde.

Wandel: Institutionen und Instrumente

Verschiedene Bundesministerien besitzen Kompetenzen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik und der Außenhandelsförderung, was zu einer gewissen „Vielstimmigkeit der Außenwirtschaftspolitik“ beiträgt. Die traditionell wichtigste Institution der deutschen Außenwirtschaftspolitik bildete das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Das Wirtschaftsministerium besitzt innerhalb der Bundesregierung die Federführung für die WTO.

⁷ In diesem Fall hatten die USA und mittelamerikanische Staaten dagegen geklagt, dass die EU ihren eigenen und Bananenproduzenten aus ehemaligen Kolonien bevorzugte Absatzmöglichkeiten einräumte. Verschiedene WTO-Panels entschieden wiederholt (1994, 1997, 1999, 2000), dass das EU-Außenhandelsregime für Bananen nicht mit den WTO-Bestimmungen vereinbar sei und erlaubten den Klägern die Erhebung von Strafzöllen auf europäische Waren. Nachdem sich die EU endlich im April 2001 zu einer substantiellen Reform durchringen konnte, hoben die USA im Juni 2001 die Sanktionen auf.

Neben der Handelspolitik und anderen als angrenzend betrachteten Aufgaben (Zollpolitik, Rüstungsexportpolitik, Umschuldung von Handelskrediten, etc.) existieren Zuständigkeiten für andere wichtige internationalisierte Politikfelder, v.a. Energie-, Technologie- oder Telekommunikationspolitik (Eberlei/Weller 2001: 34). Neben dem Wirtschaftsministerium agieren vor allem drei weitere Ministerien in der Außenwirtschaftspolitik: das Bundesministerium der Finanzen (BMF),⁸ das Auswärtige Amt (AA) mit seinen Auslandsvertretungen sowie das Bundesministerium für Landwirtschaft (BML). Die Landwirtschaftspolitik ist nicht nur ein Kernthema der europäischen Integration, sondern spielt auch bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen (GATT/WTO, UNCTAD, Verhandlungen der EU mit AKP-Staaten oder Lateinamerika) eine zentrale Rolle. Dabei bestanden häufig beträchtliche inhaltliche Differenzen zwischen dem eher liberalen BMWi und dem traditionell protektionistischen BML (Eberlei/Weller 2001: 24).

Wenn auch die Außenwirtschaftspolitik, wie gezeigt, keine große Rolle für die Regierung spielte, so hatte doch eine zentrale Figur des Wahlkampfs - der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine - hier ambitionierte Ziele: Schon in den Koalitionsverhandlungen setzte der designierte Finanzminister die Abtretung der Wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung aus dem Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium (BMF) durch. Daneben verlor das Wirtschaftsministerium die sogenannte „Sherpa-Funktion“, die Vorbereitung der Weltwirtschaftsgipfel für den Kanzler durch einen Staatssekretär, an das BMF. Damit war das Wirtschaftsministerium als traditioneller Anwalt der freihändlerischen Außenwirtschaftspolitik empfindlich geschwächt. Diese institutionellen Veränderungen wurden nach den Wahlen 2002 wieder aufgehoben. Zum Beginn der zweiten Legislaturperiode kam es zur Schaffung des sog. „Superministeriums“ durch die Fusion von Wirtschafts- und Arbeitsministerium zum neuen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA). Unter dem Blickwinkel der Außenhandelspolitik, die bei der Zusammenlegung keine prominente Rolle spielte, kann die Fusion als eine institutionelle Absicherung des rot-grünen Eintretens für eine „breite Agenda“ in WTO und Welthandelsrunden unter Einbeziehung von arbeitsrechtlichen und sozialen Mindeststandards gesehen werden, da diese in die Kernkompetenz des ehemaligen Arbeitsministeriums fallen.

Neben den Veränderungen auf Ministeriumsebene trieb Rot-Grün auch eine Konzentration bei den staatlichen Förderbanken voran. Bereits in der ersten Legislaturperiode kam es zum Verkauf der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) durch das BMZ an

⁸ Das BMF wirkt aufgrund seiner Finanzhoheit letztendlich in alle Politikfelder entscheidend hinein. Im Bereich der Außenwirtschaft beispielsweise durch die Zuständigkeit für Zollfragen oder für internationale Organisa-

die ebenfalls bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Neben dem Ziel der engeren Koordination hatte der Verkauf den positiven Nebeneffekt, dass die Verkaufserlöse direkt in den Bundeshaushalt flossen, während die Negativa im Haushalt der KfW „verschwanden“. Eine ebenfalls angestrebte Fusion von Deutsche Ausgleichsbank (DtA) und KfW scheiterte an Streitigkeiten zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium. Wirtschaftsminister Müller wollte nicht den bestimmenden Einfluss seines Hauses auf die Geschäftspolitik der DtA verlieren. Durch die Vereinigung des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums nach der gewonnenen Bundestagswahl im September 2002 konnte schnell eine Einigung gefunden werden. Es wurde beschlossen, die Fusion der beiden Häuser bis zum 1. August 2003 umzusetzen.

Bei den Instrumenten nahm Rot-Grün keine entscheidenden Änderungen vor. Auf Druck der Entwicklungshilfelobby wurden die Kriterien zur Vergabe von Hermes-Bürgschaften um entwicklungspolitische Aspekte wie soziale und ökologische Verträglichkeit sowie die Prüfung von Menschenrechtsverletzungen erweitert. Dabei stießen entwicklungspolitische und Außenhandelsinteressen aufeinander (FR 15.01.02): So kritisierte der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) die Erweiterung als unzureichend (VENRO 2002: 5), während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sich gegen die Vermischung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit wehrte und einen Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen befürchtete (BDI 2002: 1). In einem anderen Feld kam die Bundesregierung dafür den Unternehmen entgegen: im Rahmen eines neuen „Public-Private-Partnership“-Programms des BMZ wird der Spagat zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung versucht, indem entwicklungspolitisch sinnvolle Auslandsengagements von Unternehmen mit Bundesmitteln gefördert werden (BMZ 2002).

Teil der durch Minister Clement (SPD) angekündigten „Offensive pro Mittelstand“ bildet eine „Außenwirtschaftsoffensive“, mit dem Ziel, „den Mittelstand [...] für ausländische Märkte fit zu machen“. Inhaltlich sieht diese Initiative bisher eine weitere Bündelung der verschiedenen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung vor. Zudem enthält sie Absichtserklärungen, wie beispielsweise eine stärkere Ausrichtung der Auslandsmesseförderung auf mittelständische Unternehmen und eine Beschleunigung des Zugangs zu Hermes-Exportbürgschaften (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2003, Clement 2003). Die „Außenwirtschaftsoffensive“ wich inhaltlich nicht wesentlich von jenen Vorschlägen Werner Müllers ab, die er vor der Bundestagswahl 2002 gemacht hatte (Nachrichten für Außenhandel 17.07.02).

Eine weitere Neuzuschneidung eines Ministeriums der Rot-Grünen Regierung könnte nachhaltige Auswirkungen auf die deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik haben: Mit der Ernennung von Renate Künast zur neuen Verbraucherschutzministerin übernahm nun eine Vertreterin einer Partei ein neues Ministerium, die eine Agrarwende und eine entschiedene Öffnung des europäischen Agrarmarkts für Entwicklungsländer fordert.⁹ Tatsächlich unterstützt Deutschland unter der Rot-Grünen Regierung eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik, so dass man in diesem Punkt sowohl eine Konsistenz zwischen Rhetorik und Verhalten als auch inhaltlich eine Veränderung zu der von den Vorgängerregierungen durchgängig verfolgten Politik konstatieren kann. Äußere Faktoren wie die EU-Erweiterung um landwirtschaftlich geprägte Staaten und die schlechte Haushaltslage Deutschlands unterstützen diesen Wandel (Die Welt 20.01.03).

Unter institutionellen Gesichtspunkten trägt die Neuzuschneidung des Ministeriums der in EU und WTO formulierten Rot-Grünen Politik Rechnung, die eine Abkehr von der europäischen Agrarpolitik (Abbau von direkten Produktionssubventionen, Neudefinition der Agrarpolitik als „Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum“) und eine Ausweitung der WTO-Agenda auf neue Themen wie ökologische Mindeststandards vorsieht. Die Relevanz des BML für die internationale Handelspolitik bleibt somit erhalten.

Wandel: Die Ausweitung der außenwirtschaftlichen Agenda

In der Ausweitung der deutschen Prioritäten um Sozial- und Umweltthemen zeigte sich eine leichte Veränderung der deutschen Position nach dem Regierungswechsel: Hatte die christlich-liberale Koalition einer Einbeziehung von Umweltthemen in die Handelsrunde noch skeptisch gegenüber gestanden (Rexrodt 1996), vertrat die rot-grüne Koalition dies seit Seattle in deutlicher Weise (Müller 1999, Gerlach 2001a). Die von der Bundesrepublik geforderte Ausweitung der WTO-Agenda um solche Themen wie Umwelt und Sozialstandards ist inhaltlich nachvollziehbar, wirft jedoch in den internationalen Verhandlungen Probleme auf (Hauser 2001; Liebig 1999). Sie erschwert einerseits die Konsensfindung in der EU, da andere Mitgliedstaaten – wie Großbritannien - die deutsche Präferenz nicht teilen. Im Vorfeld der Mandatserteilung der EU-Kommission für Seattle kam es zu Unstimmigkeiten, da die Bundesregierung auf der Einbeziehung von Sozialstandards in die europäische Verhandlungsposition beharrte (FAZ 21.10.1999). Andererseits bringt dies auch die Kommission verschiedentlich in eine schwierige Position. So besteht die Ver-

Entwicklung (OECD) und G-7/G-8 (Eberlei/Weller 2001: 12f).

braucherschutzministerin in der Frage gentechnisch veränderter Organismen auf dem seit vier Jahre geltenden Stopp von Neuzulassungen und zeigt sich gegenüber der Klageandrohung des US-Handelsbeauftragten Zoellick unnachgiebig, obwohl sowohl Umweltkommissarin Wallström wie auch ihr Kollege Lamy auf eine Aufhebung drängen (Güßgen/Krägenow/Kuchenbuch 2003).

Bereits in der Institutionenpolitik war deutlich geworden, dass die Bündelung und Neustrukturierung der deutschen Gremien und Organisationen weniger den außenwirtschaftlichen Erfordernissen als vielmehr innenpolitischen Erwägungen geschuldet war. Das Gleiche lässt sich von der Ausweitung der Agenda um Umwelt- und Sozialthemen sagen. So konnte die Regierung diese Idee zwar in der EU mehrheitsfähig machen, die USA, Japan und die Entwicklungsländer mussten indes von der Eröffnung einer neuen Handelsrunde unter Einbeziehung der Themen Umwelt und Soziales erst mühsam überzeugt werden (Deny 2001). Deutsche Regierungsvertreter hatten stets betont, es ginge diesmal um die Eröffnung einer „Entwicklungsrunde“, bei der die Interessen der armen Länder besondere Beachtung finden sollten. Doch die vermeintlichen Nutznießer hielten wenig davon: Die meisten Entwicklungsländer unter der Führung Indiens lehnten die Einbeziehung von Themen wie Investitionen, Umwelt oder Sozialstandards in die neue Handelsrunde vehement ab (NZZ 9.10.2001). Sie werfen den Industrieländern wie Deutschland vor, mit Hilfe dieser Instrumente neue Handelshindernisse aufbauen zu wollen, anstatt die in der Uruguay-Runde längst versprochenen Öffnungen ihrer Agrarmärkte endlich zu forcieren. Der Umstand, dass die Industrieländer diese Forderungen weitgehend ignoriert hatten, war ein wichtiger Faktor für das Scheitern der Konferenz von Seattle 1999 (Winter 2000: 3).

Die Bundesregierung hat ihre eingangs aufgeführten Ziele wie erweiterter Marktzugang, Eröffnung einer Entwicklungsrunde sowie die neuen Themen in Doha - vermittelt über die EU - auf die Agenda zu setzen vermocht. Ob sich dies allerdings auch in den Verhandlungen selbst widerspiegeln wird, steht auf einem anderen Blatt. Sollte bspw. in Bezug auf Investitionen und Wettbewerb bis zum Sommer keine Einigkeit erzielt werden können, ist es wahrscheinlich, dass diese für die deutsche Seite wichtigen Punkte wieder von der Agenda verschwinden würden und auch für die Umweltthematik werden kaum Fortschritte erwartet (Cunningham/Lichtenbaum 2002: 3).

Fazit: Kontinuität und Wandel der deutschen Außenhandelspolitik

⁹ „Die Zukunft ist grün“, Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2002, S.41.

Ruft man sich zunächst die realwirtschaftliche Lage sowie die Zielformulierung der neuen Regierung in Erinnerung, so überwiegt zunächst die Kontinuitätserwartung. Lediglich ein Aspekt deutete auf Wandel hin: Die Absicht der Regierung, Umwelt- und Sozialaspekte in die Handelsagenda aufzunehmen, ist klar postuliert worden. Die bescheiden angelegte Analyse offenbart zunächst eine Bestätigung der Ausgangsthese: In vielen Bereichen überwiegt die Kontinuität der deutschen Außenwirtschaftspolitik auch unter der neuen Regierung. Dies gilt vor allem für die Unterstützung des Freihandels in Bezug auf Investitions- und Konsumgüter, das Festhalten am Leitbild des *managed trade* für den primären Sektor sowie für die bedingte Unterstützung der internationalen Institutionen. „Bedingt“ bedeutet dabei, dass Deutschlands Präferenzordnung nach wie vor lautet: Die Solidarität mit Frankreich hat Vorrang vor den nationalen Interessen, die wiederum die transatlantischen dominieren. Nur wenn diese drei Ziele nicht tangiert werden, erweist sich Berlin als eindeutiger Förderer der europäischen und internationalen Institutionen.

Überraschenderweise finden sich auch einige Anzeichen für Wandel: Dies betrifft zum einen dem konsequenten Umbau des deutschen institutionellen Gefüges. So ist auf dem Gebiet der direkten Außenhandelsförderung der Ansatz der Bündelung der verschiedenen Instrumente (iXPOS, Bankenfusionen) positiv zu beurteilen, da so Transaktionskosten für die Unternehmen reduziert und Aufgabenduplikationen zwischen staatlichen Einheiten vermieden werden können. Obwohl die Veränderungen in der Aufgabenstellung des BMWA und des BML nicht mit dem Ziel erfolgten, die Außenwirtschaftspolitik neu zu gestalten, so reflektiert deren Neustrukturierung doch den gewollten Politikwechsel. Jenseits der institutionellen Veränderungen ist Wandel desgleichen in der Ausweitung der deutschen handelspolitischen Agenda um Sozial- und Umweltthemen zu diagnostizieren. Im Ergebnis leisten sowohl die institutionellen Veränderungen wie auch die ‚neuen Themen‘ der Einheitlichkeit der deutschen Position Vorschub und sind insofern positiv zu bewerten. Diese Einheitlichkeit der Position macht einen deutlichen Unterschied im Vergleich zu den Abstimmungsproblemen der Kohl-Regierung bspw. in der Uruguay-Runde. Aber diese zunehmende Kohärenz hat auch eine Kehrseite: Sie wird mit konflikträchtigeren Positionen in der EU und der WTO erkaufte.

Literatur

- Bellers, Jürgen (1990): Aussenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989, Münster
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2002a) Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin
- Bündnis 90/Die Grünen (2002b): Die Themen: Gerechte Globalisierung und Europäische Demokratie. Wahlkampfprogramm 2002, von: http://www.gruen-wirkt.de/rsvgn/rs_dok/0,,7780,00.htm [31.12.02]
- Bundesregierung (2001): Position zur Handelspolitik der WTO, <http://text.bundesregierung.de/frameset/lxNavi/jsp?NodeID=5719> [3.11.01]
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2002): Public-Private-Partnership in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Synthesebericht über die Evaluierung, Bonn
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) (2003a): Außenhandelsdaten, von: <http://www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Au%dfenwirtschaft%20%26%20Europa/Au%dfenhandelsdaten/aussenhandelsdaten.jsp> [15.01.03]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2003b): Clement: Heute startet Offensive „pro mittelstand“, Pressemitteilung vom 15.01.03
- Bundesverband der deutschen Industrie (BDI): Handelspolitik Aktuell, Berlin, 16. Oktober 2002
- Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (2003): Außenhandel, von: <http://www.bga.de/bga/deutsch/facts.htm>, [05.01.03].
- Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) (2002): Observer 02: Wahlprogramme unter der Lupe, <http://www.bga.de> [16.01.03]
- Clement, Wolfgang (2003): “Die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung”, in: Nachrichten für Außenhandel vom 02.01.03
- Cunningham, Richard/ Lichtenbaum, Peter (2002): “The long road to Doha”, CER Bulletin, Issue 22 (February/March), <http://www.cer.org.uk/articles/issue22.html> [24.11.02], S.2-4
- Deny, Charlotte (2001): „Europe isolated by WTO“, in: Guardian unlimited, <http://www.guardian.co.uk/globalisation/story/0,7369,592997,00.html> [16.11.01]
- Die Welt (20.01.03): „OECD: Agrarsubventionen sind extrem ineffektiv. Nur 25 Prozent der Stützung kommen bei den Bauern an – EU-Kommissar Fischler propagiert Zollabbau.“
- Eberlei, Walter/Christoph Weller (2001): Deutsche Ministerien als Akteure von Global Governance. Eine Bestandsaufnahme der auswärtigen Beziehungen der Bundesministerien, In: INEF-Report Nr. 51

- Emiliou, Nicholas (1996): The Allocation of Competence Between the EC and its Member States in the Sphere of External Relations, in: Nicholas Emiliou/ David O'Keefe (Hrsg.): The European Union and World Trade Law, Chichester et al., S. 31-45
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (22.4.1999): „Keine Lösung im Streit um Rindfleischimporte“
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (21.10.1999): „Gedämpfte Erwartungen an die WTO“, S.17
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (12.11.2001): „Europäer in der handelspolitischen Defensive“, S.15
- Frankfurter Rundschau (10.7.2001): „EU ist uneins über Subventionen für Werften“
- Frankfurter Rundschau (15.01.2003): „Hermes sorgt für Zwietracht im Kabinett. Clement will schnelleren Zugang zu Exportgarantien durchsetzen/Urgewald entzaubert Mythen der Ausfuhrbürgschaften.“
- Gerlach, Axel (2001a): „Mehr Gerechtigkeit im Handel“, Interview mit Staatssekretär Axel Gerlach im Deutschlandfunk v. 9.11.2001 (8:10) <http://www.dradio.de/cgi-bin/user/fm1004/es/neu-interview/1309.html> [15.11.01]
- Gerlach, Axel (2001b): Statement anlässlich der WTO-Konferenz in Doha, http://www.wto.org/english/theto_e/minist_e.htm [21.11.01]
- Gersemann, Oliver (1999): „Mit voller Wucht“, in: Wirtschaftswoche v. 21.1.1999, S.25
- Gersemann, Oliver/Thelen, F. (1999): „Herber Rückschlag“, in: Wirtschaftswoche v. 8.7.1999, S.33
- Güßgen, Florian /Krägenow, Timm /Kuchenbuch, Peter (2003): „Genfood sorgt für Konflikt zwischen EU und USA“, in: FTD v. 13.1.03, S.12.
- Hauser, H. (2000): Der Streitfall zu den US-Foreign Sales Corporations (FSC), in: WTO-News, Heft 2 (Dez.), S. 3-4
- Hauser, H. (2001): Die WTO: Wohin geht der Weg?, in: Aussenwirtschaft, 56. Jg., Heft 1, S. 7-39
- Hilpold, Peter (2000): Die EU im GATT/WTO-System, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang
- Kirste, Knut (1998): Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt/M.
- Lafontaine, Oskar/Müller, Christa (1998a): Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, 2. Aufl, Bonn
- Lafontaine, Oskar (1998b): Rede des SPD-Vorsitzenden, Oskar Lafontaine, über die Globalisierung und den Wirtschaftsstandort Deutschland am 25. Juni 1997 in Berlin (Auszüge), abgedr. in: Internationale Politik 5/1998, S.64-67
- Liebig, Klaus (1999): Die WTO im Spannungsfeld von Freihandel und Umweltschutz; in: Nord-Süd aktuell, 1. Quartal, S.85-92
- Lütticken, Florian (2001): Deutsche und spanische Außenhandelspolitik im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT, Online-Veröffentlichung unter: www.deutsche-aussenpolitik.de/publications/sgefp.html
- Lütticken, Florian/Stahl, Bernhard (2003): Deutschland im GATT/WTO-System; in: Dittgen, H./Schmidt, S. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Außenpolitik (i.E.)

- Mai, Christine (2002): „EU-Kommission hält an Klage gegen US-Stahlzölle fest“, FTD v. 26.8.2002, S.12
- Meunier, Sophie/Kalypso Nicolaidis (1999): Who Speaks for Europe? The Delegation of Trade Authority in the EU, in: Journal of Common Market Studies, 3, Nr. 3, S.477-501
- Müller, Werner (1999): Statement anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle, http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif01_e/minist_e.htm [21.11.01]
- Müller, Werner (2001): „Ziele und Perspektiven multilateraler Handelsvereinbarungen in der WTO aus Sicht der BRD“ (August 2001), <http://www.bmwi.de/homepage/...m.%20Organisationen/WTO/Kernaussagen.jsp> [3.11.01], auch abgedr. in engl. Sprache im oecd Observer No. 228 (Sept. 2001)
- Müller, Werner (2002): Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie anlässlich des AHK Außenwirtschaftskongresses „Der Welthandel nach Doha – Wie geht es weiter?“ am 16. Mai 2002 in Berlin, <http://www.bmwi.de/Homepage/Presseforum/Reden%20%26%20>
- Mrusek, Konrad (2001): „Mehr tun für die Freiheit des Handels“ in der FAZ v. 29.9.2001, S.13
- Nachrichten für Außenhandel (17.07.2002): „Außenwirtschaftsoffensive angekündigt“
- Nachrichten für Außenhandel (02.01.2003): „Ausfuhrüberschuss 2002 bei 127 Mrd Euro“
- Nadoll, Jörg (2003): Das deutsche außenpolitische Verhalten; in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien von Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Bonn: Europa-Union Verlag (i.E.)
- Neue Züricher Zeitung Online (6.6.2001): „Offensive Bushs gegen Stahleinfuhren“, in: , <http://www.nzz.ch/servlets/org.wyo.../2001/06/07/wi/article7FY5J.nzzoml> [7.06.01]
- Neue Züricher Zeitung Online (26.7.2001): „EU-Kommission für befristete Werfthilfen“
- Neue Züricher Zeitung Online (9.10.2001): „Umweltaspekte in einer neuen WTO-Runde? Die EU im Clinch mit der Dritten Welt“, S.23
- Neue Züricher Zeitung Online (16.1.2002): „Handelspolitisches Eile mit Weile?“ <http://www.nzz.ch/servlets/ch.nzz.newzz....url=/2002/01/16/wi/kommentar7WJD2.nzzom> [16.1.02]
- Ragnitz, Joachim 1996: Deutschland und die Gestaltung der Weltwirtschaft, in: Kaiser, Karl/Krause, Joachim (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Interessen und Strategien (Bd. 3), DGAP: Oldenbourg: München, S.63-76
- Rexrodt, Günther (1996): Statement anlässlich der WTO-Konferenz in Singapur, http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif01_e/minist_e.htm [21.11.01]
- Staack, Michael (2000): Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen Internationalen System, Schöningh: Paderborn u.a.

- Stahl, Bernhard (1999): Europapolitik I – Umwege oder Abwege?, in: Maull, H.W./Neßhöver, C./Stahl, B. (Hrsg.): Lehrgeld – 4 Monate rot-grüne Außenpolitik, Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 1 (März 1999), S. 13-33.
- Statistisches Bundesamt (2003b): Wichtige gesamtwirtschaftliche Größen, von:
<http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab1.htm> [09.01.03]
- SPD (1998a): Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Programm für die Bundestagswahl 1998. Beschluss des außerordentlichen Parteitages in Leipzig am 17.4.1998
- SPD (1997): Leitantrag zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Beschluss des ordentlichen Parteitags in Hannover vom 3.12.1997, von:
http://www.spd.de/archiv/events/hannover_97/aussen_1.html [8.9.98]
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen (1998): Koalitionsvereinbarung 1998. Abschnitt XI. Europäische Einigung, internationale Partnerschaft, Sicherheit und Frieden
- Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen e.V. (VENRO) (2002): Für eine starke Entwicklungspolitik im Zeitalter der Globalisierung. Zehn Forderungen an die Bundesregierung, Berlin
- Weiss, Frank D. (1989): Domestic Dimensions of the Uruguay Round: The Case of West Germany in the European Communities, in: Henry Nau (Hrsg.): Domestic Trade Politics and the Uruguay Round, New York, S.69-89
- Winter, Helen (2000): Die deutsche und europäische Position bzgl. einer neuen WTO-Verhandlungsrunde, Weltpolitik.net (DGAP), <http://www.wweltpolitik.net/policy-forum/article/227.html> [19.12.01]
- WTO (1999): Trading into the Future, 2.Aufl., Genf
- Yager, J. (2001): „Die kulturelle Ausnahme“, in: WTO-Dossier, europa-digital.de, <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/wto/kultur.shtml> [3.11.01]